

“Das Volk wird ungeduldig”

— Nepals politische Landschaft im Wandlungsprozeß —



Das Panchayat System ist immer noch nicht ganz besiegt (Foto: Dave Richards)

Am 19. April wurde in Nepal eine Übergangsregierung unter Premierminister Krishna Prasad Bhattarai, dem amtierenden Vorsitzenden des 'Nepali Congress', gebildet. Die neue Regierung setzte sich sogleich hohe Ziele, indem sie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung innerhalb von nur 90 Tagen und allgemeine, freie Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres ankündigte. Aber die politische Lage im Himalayastaat ist weiterhin gespannt.

In Nepal hat das Volk noch nicht gesiegt, obwohl König Birendra unter dem Druck der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, die von einem Bündnis mehrerer bis vor kurzem verbotener politischer Parteien und Bürgerrechtsorganisationen getragen wurde, seine unumschränkte Macht aufgeben und der Opposition große Konzessionen einräumen mußte. Nach blutigen Unruhen, die mehrere hundert Tote forderten, nahm der Monarch des Himalayastaates zunächst am 1. April eine größere Regierungsumbildung vor, der dann vier Tage später die Bildung eines Notkabinetts unter Lokendra Bahadur Chand folgte, die jedoch von der Volksbewegung nicht anerkannt wurde. Ihr Ziel war es, direkt mit dem König über die Bildung einer Übergangsregierung zu verhandeln.

Nach erneuten Unruhen mit Demonstrationen, an denen schätzungsweise 500.000 Menschen teilnahmen, wurde am späten Abend des 8. April über Rundfunk und Fernsehen die Wiedezulassung der politischen Parteien in Nepal verkündet – fast 30 Jahre lang waren sie verboten. Unter dem Druck der Bündnisparteien und anhaltender Demonstrationen des Volkes löste der König auch weitgehend den National-Panchayat auf und beendete damit ein Regierungssystem, das der Monarchie während der letzten drei Jahrzehnte geholfen hatte, ihre Macht zu sichern.

Seit dem 19. April gibt es in Nepal eine Übergangsregierung unter Premierminister Krishna Prasad Bhattarai. Ihr gehören 4 Mitglieder des 'Nepali Congress', 3 Vertreter der 'United Left Front', 2 Vertraute des

Königs und 2 Vertreter nepalischer Menschenrechtsorganisationen als Unabhängige an. Die neue Regierung setzte sich sogleich hohe Ziele, indem sie die Ausarbeitung einer neuen Verfassung innerhalb von nur 90 Tagen und allgemeine, freie Parlamentswahlen innerhalb eines Jahres ankündigte.

Doch die neue Regierung erfuhr schon recht bald, daß der Weg zu den hochgesteckten Zielen ein recht steiniger sein würde. Zwar ist das alte politische System außer Kraft gesetzt, doch sitzen seine Vertreter weiterhin in machtvollen Positionen. Unangetastet bleibt weiterhin die absolute Macht des Monarchen, wonach auch die Übergangsregierung lediglich ein dem König unterstelltes Exekutivorgan ist. So ist die augenblickliche politische Lage in Nepal durch den Machtkampf zwischen Palast und Volk, verkörpert durch die politischen Parteien, geprägt. Immer wieder versucht der Palast, den drohenden Machtverlust abzuwenden.

Noch Anfang Mai verkündete der neue Gesundheitsminister, Prof. Mathura Prasad Shrestha, anlässlich eines Deutschlandbesuchs, König Birendra habe sich mit einer streng konstitutionellen Rolle im zukünftigen politischen System einverstanden erklärt. Während jedoch die neue Regierung und Juristen mit ausländischen Verfassungsrechtlern über eine neue Verfassung berieten, bildete König Birendra kurzerhand am 10. Mai eine Verfassungskommission, die er aber bereits fünf Tage später nach massiven Protesten wieder suspendieren mußte.

Ein großes Erschwernis für die Arbeit der neuen Regierung ist die Tatsache, daß entsprechend der noch gültigen Panchayat-Verfassung Polizei und Militär direkt dem König unterstehen. Dies wurde vom Palast wiederholt ausgenutzt, um den Eindruck einer Regierungsunfähigkeit zu erwecken. Im Volk steigerte sich daher der Unmut gegen den Palast. Im Verlauf einer Demonstration kam es am 23. April zu Ausschreitungen; aufgebrachte Demonstranten griffen Polizisten und - wie es hieß - sogenannte Mandaliya an, die Polizeiformen trugen. Die im Volk verhaßten Mandaliya (Randaliererbanden) waren von der Panchayat-Regierung während der Demokratiebewegung bewußt eingesetzt worden, um die Bewegung in Verruf zu bringen. Bereits bei den Unruhen von 1979, die damals zum Referendum über das Panchayat-System führten, war die Regierung ähnlich verfahren. Die Mandaliya haben ihren Ursprung in den sechziger Jahren, als die Panchayat-Regierung Schüler und Studenten kaufte, um sie als Spitzel gegen Sympathisanten der verbotenen Parteien an Universität und Schulen einzusetzen. Da diese Gruppen später im 'Rastravadi Svantra Vidyarthi Mandal' (RSVM), der Studentenvereinigung des Panchayat-Systems institutionalisiert wurden, werden sie allgemein als 'Mandaliya' oder 'Mandale' bezeichnet. Auch nach der Beendigung des Panchayat-Systems am 16. April zogen diese Banden nachts durch Städte und Dörfer, drangen in Privathäuser ein, raubten und plünderten. Weil die Banden offensichtlich ihren Auftrag vom Palast erhielten, bildete die Bevölkerung eigene Zivilschutztruppen, sogenannte 'Tol Raksya Sangh' oder 'Vigilante Committees'.

Einigkeit der Regierungsparteien

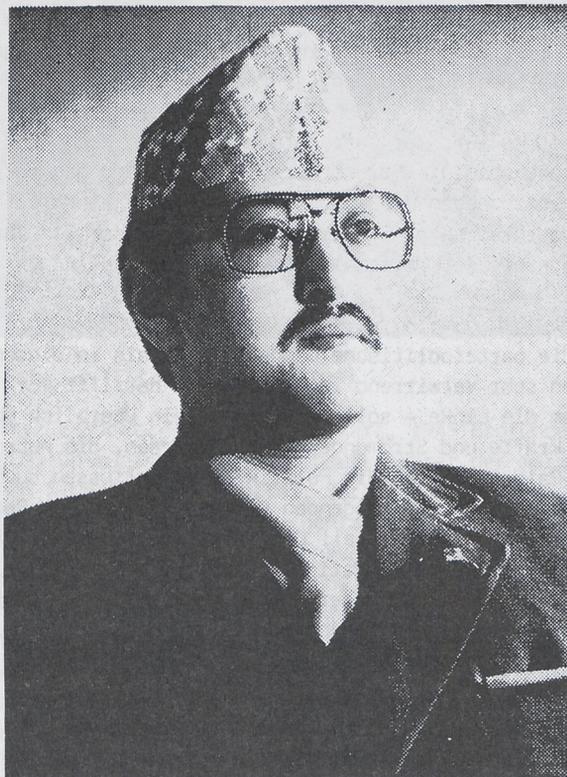
Fraglich ist nach wie vor, wie lange das derzeitige Regierungsbündnis wohl halten wird. Nur das gemeinsame Vorgehen von 'Nepali Congress' und linken Gruppen konnte den Erfolg der Volksbewegung herbeiführen. Diesen sind sich die Parteiführer allgemein einig und sie betonen daher auch immer wieder ihren guten Willen. Man Mohan Adhikari von der 'Nepal Communist Party': "Dieses Bündnis ist das Ergebnis unserer Erfahrungen aus den vergangenen 30 Jahren. In der Vergangenheit gab es nicht einmal unter den kommunistischen Gruppen Einigkeit, und der Vorteil lag daher immer auf der Seite des Königs."

Dennoch lassen sich Meinungsverschiedenheiten auch zwischen den an der Regierung beteiligten Parteien und Gruppen nicht leugnen. Ein entscheidendes Argument ist insbesondere immer wieder die Einstellung zur Monarchie. Während einige radikale kommunistische Gruppen das Königtum völlig abgeschafft wissen wollen, bekennen sich die wichtigsten der an der Regierung beteiligten Parteien zur geplanten Einführung einer konstitutionellen Monarchie. Hier werfen die linken Gruppen dem 'Nepali Congress' einen zu liberalen Standpunkt vor. "Der Congress macht Kompromisse, indem er mit dem Palast so und mit dem Volk wieder anders verhandelt. Wir wollen die absolute Macht des Königs auf die eines konstitutionellen Monarchen reduzieren, aber K.P."

Bhattarai läßt sich ganz einfach zu viel Zeit für Verhandlungen mit Birendra", meint einer der Führer der marxistisch-leninistischen Fraktion der 'Nepal Communist Party'.

Kritik an der Übergangsregierung

Die Ungeduld über den nur schleppenden Fortgang der politischen Veränderungen zeigte sich auch in den Kommentaren einiger nepalischer Zeitungen. So schrieb die Wochenzeitung 'Rastra Pukar' in ihrer Ausgabe vom 3. Mai 1990: "Etwa zwei Wochen sind seit der Abschaffung des Panchayat-Systems und der nachfolgenden Bildung einer Übergangsregierung auf Mehrparteienbasis vergangen. Das Volk möchte von der jetzigen Regierung, die als ein Ergebnis des Opfers hunderter Menschenleben und durch die Beteiligung des gesamten Volkes zustande gekommen ist, revolutionäre Maßnahmen sehen. Aber wenn man einmal von der Abschaffung der lokalen



König Birendra

Panchayats absieht, hat diese Regierung keinerlei revolutionäre Maßnahmen getroffen. Die Arbeit der neuen Regierung ist schwierig, weil die loyalen Kräfte des Panchayat-Systems, die noch den Anweisungen unsichtbarer Kräfte Folge leisten, immer noch verantwortungsvolle Positionen in Verwaltung und Polizei bekleiden. Das Volk wird nicht ruhig bleiben, wenn es der Regierung nicht ermöglicht wird, frei zu arbeiten. Man sollte darüber nachdenken, welche Konsequenzen es hätte, wenn das Volk abermals auf die Straßen ginge, um sicherzustellen, daß das Blutvergießen für das Vielparteiensystem nicht vergeblich war. Solange Mandale und andere korrupte Elemente nicht verhaftet und vor Gericht gestellt werden, sind Verwaltung und Polizei gegenüber der Regierung nicht kooperationsbereit."

Noch härtere Töne stimmte die links eingestellte Zeitung 'Matribhumi' in ihrer Ausgabe vom 1. Mai an: "Die derzeitigen Unruhen resultieren aus dem Fehler der Regierung, nicht rechtzeitig Maßnahmen gegen die reaktionären Elemente eingeleitet zu haben. Ihre Moral wurde dadurch gehoben, daß sie nichts gegen die Gegner der Demokratiebewegung unternommen haben. Es ist töricht, jene, die es in den vergangenen dreißig Jahren versäumt haben, auf demokratische Weise zu arbeiten, aufzufordern, nun demokratischen Idealen nachzustreben. Der gegenwärtige Zustand der Anarchie ist ganz eindeutig ein Ergebnis des unpraktischen Arbeitsstils der derzeitigen Regierung."

Verteidigung der Übergangsregierung

Andere nepalische Zeitungen begegneten der 'Nepali Congress'/'United Left Front'-Regierung mit mehr Verständnis und forderten das Volk zu größerer Geduld auf. Niemand könne erwarten, das die Überbleibsel des Panchayat-Systems, welches dreißig Jahre lang habe Wurzeln treiben können, innerhalb von nur Zehn Tagen völlig beseitigt würden, schrieb die Zeitung 'Hindu' am 30. April. Doch auch der 'Hindu' forderte die Regierung auf, der Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung absolute Priorität einzuräumen und gesetzliche Maßnahmen gegen die Mandale und all jene einzuleiten, die das Panchayat-System als einen Schutzschild zur Plünderung des Nationaleigentums genutzt hätten.

Die parteipolitische Landschaft

Da die parteipolitische Landschaft Nepals in diesen Tagen sehr verwirrend ist - und dies betrifft vor allem die Linke - soll nachfolgend ein Überblick über die Kräfte und Strömungen gegeben werden, die neben dem Palast derzeit die Politik zu beeinflussen suchen. Dabei spielen die folgenden Gruppen eine Rolle: Regierungsbündnis aus 'Nepali Congress' und 'United Left Front'; das 'United National People's Movement', ein Bündnis der nicht an der Regierung beteiligten Linksparteien sowie das Panchayat-Lager und einige Menschenrechtsorganisationen.

Das 14-Punkte Programm der Regierung

Die Übergangsregierung hat ein 14-Punkte-Dringlichkeitsprogramm aufgestellt. Darin heißt es u.a.: "Die neue Verfassung muß demokratisch sein, d.h. der Status Seiner Majestät muß ganz der eines konstitutionellen Monarchen entsprechen. Es muß zur sofortigen Praxis werden, daß der König nur noch auf den Rat des Kabinetts hin handelt. Alle Institutionen und Gesetze, die den Prozeß der Demokratisierung verhindern, müssen abgeschafft werden. Allen nepalischen Bürgern muß eine Atmosphäre garantiert werden, die der Ausübung ihrer demokratischen Rechte förderlich ist. Es müssen Institutionen und Prozesse geschaffen werden, die für den Demokratisierungsprozeß notwendig sind. Sobald wie möglich müssen freie Wahlen auf der Grundlage demokratischer Prinzipien durchgeführt werden. Zu diesem Zweck muß eine unabhängige und unparteiische Wahlkommission gebildet werden. Die rechtmäßigen Forderungen, die im Verlauf der Demokratiebewegung von der 'United

Left Front', dem 'Nepali Congress' und diversen Klassen und Gemeinschaften erhoben wurden, müssen erfüllt werden. Es müssen Verwaltungsreformen durchgeführt werden und alle gegen das Volk eingestellten und korrupten Beamte, einschließlich der Zonal Commissioners, müssen entlassen werden. Es müssen notwendige Schritte eingeleitet werden, um die Lage der Arbeiter und Bauern zu verbessern. Vollständige Pressefreiheit und akademische Freiheiten müssen garantiert werden. Harte Maßnahmen müssen ergriffen werden zur Ausrottung aller Arten von Wirtschaftsverbrechen einschließlich Korruption und Schmuggel. Es muß in der nepalischen Gesellschaft eine Atmosphäre geschaffen werden, die Frauen die gleichen Rechte wie den Männern garantiert. Um ihre Sicherheit zu garantieren, muß eine unabhängige Untersuchungskommission gebildet werden; und die Schuldigen müssen bestraft werden. Alle politischen Gefangenen müssen freigelassen werden, und alle Gerichtsverfahren, die aus politischen Rachegehlüsten heraus eingeleitet wurden, müssen zurückgezogen werden. Die Märtyrer der Demokratiebewegung müssen geehrt und ihren Familien und den Verwundeten und Verstümmelten muß finanzielle Hilfe und medizinische Betreuung gewährt werden. Das Eigentum der politisch Tätigen, das nach 1960 konfisziert wurde, muß zurückgegeben werden. Nepal muß eine Außenpolitik betreiben, die auf völlige Neutralität, Frieden und Freundschaft ausgerichtet ist. Die nationale Einheit der Nepali muß auf der Grundlage der Gleichheit aller Bevölkerungsgruppen, Sprachen, Kulturen und Religion gefestigt werden. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei auf die Verbesserung der Lage der unterprivilegierten ethnischen Gruppen gerichtet werden."

'Nepali Congress'

Die Zentralkomitees von 'Nepali Congress' und 'United Left Front' trafen sich vom 25. bis 27. April in Kathmandu zu unabhängigen Sitzungen. Der 'Nepali Congress' bekannte sich dabei erneut zur parlamentarischen Demokratie unter einer konstitutionellen Monarchie. Man betonte die Notwendigkeit einer Verfassung, welche die Rechte des Volkes garantiere, und der Abhaltung allgemeiner Wahlen unter einer solchen Verfassung. Gleichzeitig forderte man entschlossenes Handeln, um die Errungenschaften der Revolution zu festigen und reaktionäre Bewegungen zur Unterdrückung dieser Ziele zu vereiteln. Der 'Nepali Congress' unterstrich dabei die Notwendigkeit, das Bündnis mit der 'United Left Front' fortzusetzen und zu festigen. Schließlich erklärte die Partei, man sei aufnahmebereit für alle Kräfte, die sich zu den Idealen von Nationalismus, Demokratie, Sozialismus, Bündnisfreiheit und Religionsfreiheit bekennen.

Weitere Forderungen, die auf jener Tagung vorgebracht wurden, waren das Verlangen nach einer sofortigen Auflösung der lokalen Panchayats, die Abschaffung der Zonal Commissioners, die Bildung einer Verfassungskommission bestehend aus Vertretern der Parteien und Verfassungsexperten. Ferner soll die Kommission, die am 6. April zur Untersuchung der Ausschreitungen im Ver-



Protestler mit schwarzer Fahne: Black Day im Februar (Foto: Dave Richards)

lauf der Demokratiebewegung gebildet wurde, durch eine neue ersetzt werden.

'United Left Front'

Das Zentralkomitee der 'United Left Front' bildete auf seiner Sitzung ein siebenköpfiges Komitee zur Ausarbeitung eines Programms für die politische Organisation und Konsolidierung der Front. Man machte vor allem die Mandaliya und andere reaktionäre Kräfte für die Unruhen in der Hauptstadt verantwortlich. Frau Sahana Pradhan, die Vorsitzende der 'United Left Front' und derzeitige Industrie- und Handelsministerin, forderte eine bessere Zusammenarbeit mit dem Volk und eine stärkere Einheit und besseres Verstehen mit dem 'Nepali Congress', um "die finsternen Absichten der reaktionären Kräfte zu vereiteln". Sie verlangte außerdem sofortige Maßnahmen gegen korrupte und volksfeindliche Elemente, unabhängig von ihrem Status, eine Kontrolle der Preise, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die sofortige Realisierung des 14-Punkte-Programms der Regierungsalianz. Ferner betonte sie die Verantwortung der Übergangsregierung, eine volksorientierte Verfassung zu entwerfen und freie und unparteiische Wahlen abzuhalten.

Marx. Flügel der 'Nepali Communist Party'

Aus dem Kreis der sieben Mitglieder der 'United Left Front' seien in diesem Zusammenhang noch einige Äußerungen von drei Untergruppen der 'Nepal Communist

Party' erwähnt. Man Mohan Adhikari, 1949 Begründer der 'Nepal Communist Party' und heute Führer des marxistischen Flügels dieser Partei, forderte, eine Verfassung zu entwerfen, welche die organisierte Stärke des Volkes widerspiegele. Diese neue Verfassung müsse Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung enthalten. Der Verfassungsentwurf müsse dann vom Volk entweder durch ein Referendum oder durch ein vom Volk gewähltes Parlament gebilligt werden. Man Mohan Adhikari verurteilte den Versuch der reaktionären Kräfte, Unruhe im Land zu stiften, und appellierte an das Volk, der Übergangsregierung vollstes Vertrauen entgegenzubringen. Er plädierte außerdem für eine größere Einheit und ein besseres Verständnis zwischen 'Nepali Congress' und 'United Left Front'.

Manandhar-Gruppe

Die sogenannte Manandhar-Gruppe der 'Nepal Communist Party' brachte ihr Vertrauen zum Ausdruck, daß die Arbeit des neuen Ministerrats vollständig auf dem 14-Punkte-Programm der 'United Left Front' und des 'Nepali Congress' basieren werde. Man verwies auf die verschwörerischen Aktivitäten reaktionärer Kräfte, die versuchten, Ruhe und Ordnung zu stören, und betonte die Notwendigkeit für das Volk, sich selbst zu organisieren und derartige Vorhaben im Keim zu ersticken. Eine fähige und wirkungsvolle 'United Left Front', die sich durch eine starke Einheit unter den linken Kräften auszeichne, sei genauso wichtig wie eine starke

Einheit zwischen linken und demokratischen Kräften. B.B.Manandhar forderte Verwaltung, Polizei und Armee zur Zusammenarbeit mit der Regierung bei der Bekämpfung der verschwörerischen und reaktionären Kräfte auf.

Varma-Gruppe

Krishna Raj Varma, der Generalsekretär der Varma-Gruppe der 'Nepal Communist Party', forderte die neue Regierung auf, alle Versuche zu unterbinden, die hart erkämpfte Viel-parteiendemokratie zu unterwandern, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, allgemeine Wahlen zur Bildung einer repräsentativen Regierung abzuhalten, eine demokratische Verfassung zu entwerfen und die Überbleibsel des parteilosen Panchayat-Systems abzuschaffen. K.R.Varma forderte außerdem die Wiederherstellung der nepalisch-indischen Freundschaft und eine Preiskontrolle für Bedarfsgüter. Nach seiner Meinung seien die jüngsten Unruhen das Werk von Mandaliya und extremistischen Elementen, die von einem Teil der Verwaltung und der Polizei unterstützt würden.

'United National People's Movement

Neben der 'United Left Front' gibt es noch ein weiteres Bündnis von fünf Linksparteien, die nicht an der Demokratiebewegung teilgenommen haben und heute nicht Mitglied der Regierung sind. Dieses Bündnis, das sich United National People's Movement (UNPM) nennt, verurteilte die Ausschreitungen der Randaliererbanden in der Hauptstadt als eine Verschwörung, die darauf ausgerichtet sei, das Volk seiner Rechte zu berauben, die es gerade durch die Demokratiebewegung erlangt habe. Man verlangte die sofortige Entlassung der Zonal Commissioners und anderer leitender Beamter, "die als Beschützer des tyrannischen Panchayat-Systems" gehandelt hätten, sowie die Bildung einer unparteiischen Kommission zur Untersuchung der Ausschreitungen im Verlauf der Demokratiebewegung. Die UNPM wiederholte ihre Forderung einer groß angelegten politischen Konferenz zur Diskussion und Abstimmung über die aktuellen Probleme.

Am 30. April überreichte eine Kommission der UNPM Premierminister Bhattarai einen 10-Punkte-Katalog, in welchem unter anderem Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung gefordert wurden. Als dieser Vorschlag vom Premierminister abgelehnt wurde, drohten die Vertreter der UNPM mit einer Volksbewegung.

'Nepal Marxist-Leninist Party'

Aus den Reihen der UNPM sollen noch drei der beteiligten Gruppen erwähnt werden. Die 'Nepal Marxist-Leninist Party' beschuldigte reaktionäre Elemente des Versuchs, ihre verlorene Position durch Verschwörung wiederzugewinnen. In diesem Zusammenhang beschrieb man die Zwischenfälle vom 23. April als "ein Produkt von Befürwortern der Parteilosigkeit und Diktatur".

Mashal-Gruppe

Die von Mohan Bikram Singh geführte Mashal-Gruppe der 'Nepal Communist Party' kritisierte das Bündnis von

'Nepali Congress' und 'United Left Front'. Singh verurteilte die Zusammensetzung der Übergangsregierung mit der Begründung, das Volk habe die Bewegung nicht durchgeführt, um Verräter wie Keshar Jung Rayamajhi und Achyut Raj Regmi, die beiden Vertrauten des Königs in der heutigen Regierung, an die Macht zu bringen. Bei einer Fortsetzung der Bewegung, wäre es möglich gewesen, "die reaktionäre politische Institution auszulöschen, die seit Jahrhunderten im Land besteht, oder zumindest die Souveränität in die Hände des Volkes zu übertragen." Er bezeichnete den Kompromiß der Übergangsregierung als Betrug am Volk und wiederholte die Forderung einer verfassungsgebenden Versammlung. Andererseits betonte er aber, seine Partei werde jede Maßnahme der Übergangsregierung unterstützen, der die Demokratie stärke. Es gebe keinen Grund für das nepalische Volk, zufrieden zu sein, weil das Panchayat-System abgeschafft sei, da der autokratische Charakter der Verfassung von 1962 unverändert weiterbestehe.

'Janvadi Morcha'

Zwölf Mitarbeiter der 'Janvadi Morcha' (Volksfront) von Ram Raja Prasad Singh, die sich im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen von 1985 in Haft befinden, kündigten in einer gemeinsamen Erklärung an, daß sie den Pfad der Gewalt aufgeben und in Anbetracht der

NEPAL WATCH



NEPAL WATCH is an action orientated group to monitor, protect and promote human rights in Nepal. NEPAL WATCH supports human rights groups in Nepal.

After the rise of democracy in Nepal in April 1990 and - hopefully - freedom of speech and freedom of the press NEPAL WATCH will focus on the protection of

- democracy
- freedom of speech
- freedom of the press
- minorities including Tibetan refugees
- nature as a human right.

NEPAL WATCH will fight

- torture
- racism (also on religious grounds)
- violations of human rights by tourism
- destruction of the environment
- destructive interference of foreign aid

Human rights issues are of concern to the world community and it is the responsibility of those who have the opportunity to speak out on behalf of those whose rights are endangered or suppressed.

NEPAL WATCH - action group to monitor, protect and promote human rights in Nepal

Contact: Ludmilla Tüting, Mittenwalder Str. 7, D-1000 Berlin 61

veränderten politischen Situation eine friedvolle politische Linie verfolgen wollten. Sie legten ihrer eigenen Organisation nahe, die Linie entsprechend zu ändern und brachten ihr Bedauern zum Ausdruck, daß sich die Volksfront nicht an der Demokratiebewegung beteiligt hatte.

Sonstige Parteien

Gajendra Narayan Singh erklärte für die 'Nepali Goodwill Party' seine volle Unterstützung für die Regierung im Umgang mit anti-sozialen Elementen. Er forderte von der Regierung die Freilassung politischer Gefangener. Die weiteren Forderungen G.N. Singhs betrafen die Beilegung des Konflikts mit Indien und die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung, allerdings durch den König.

Dr. Dilli Raman Regmi, der Vorsitzende des alten 'Nepali National Congress', kündigte an, daß seine Partei der neuen Regierung in jeder Hinsicht als demokratische Oppositionspartei helfen werde. Sehr königstreu erschien die Haltung von Krishna Chandra Upadhyaya Dhungel, dem Generalsekretär des 'Nepali National Congress'. Er dankte dem König, daß er es dem nepalischen Volk ermöglicht habe, demokratische Rechte zu genießen.

Das Panchayat-Lager

Auf der anderen Seite ist es schon interessant, wie namhafte Politiker des Panchayat Lagers zu Wendehälsen wurden. So begrüßte der frühere Premierminister Kirti Nidhi Bista, der immer als einer der Hardliner des Systems galt, die Wiederherstellung des Vielparteiensystems. Er hoffe, das der Prozeß der demokratischen Entwicklung auf der Grundlage von Toleranz, Zurückhaltung und gegenseitigem Verständnis fortgesetzt werde.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der frühere Premierminister Nagendra Prasad Rijal.

Navaraj Subedi, bis zuletzt Vorsitzender des aufgelösten National-Panchayats und des Panchayat Policy and Evaluation Committee's, der noch bis in die letzten Tage haarsträubende Lügen über die Demokratie- und Menschenrechtsbewegung verbreitet hatte, begrüßte am 25. April ebenfalls die Einführung des Vielparteiensystems, da es dem Willen des Volkes entspreche. Er vertraue darauf, daß das Vielparteiensystem eine Atmosphäre schaffe, "in welcher das gesamte nepalische Volk in Freiheit seine vollen demokratischen Rechte genießen kann". Er forderte alle seine Kollegen aus dem Panchayat-Lager auf, alle richtigen Schritte der neuen Regierung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und zur Schaffung einer demokratischen Atmosphäre, in der die demokratischen Rechte durch eine Wettbewerbspolitik ausgeübt werden könnten, zu unterstützen.

Der frühere Premierminister Surya Bahadur Thapa, der sich bereits im Verlauf der Demokratiebewegung von den Exzessen der Regierung distanziert hatte, sagte: "Wir

begrüßen die Veränderungen und sollten in der Lage sein, unsere Ziele durch eine Stärkung der demokratischen Kräfte und eine positive Veränderung unserer Einstellung zu erreichen."

Es klingt wie Hohn, daß selbst der kürzlich abgesetzte letzte Premierminister des Panchayat-Systems, Marich Man Singh Shrestha, unter dessen Regie die ganzen Ausschreitungen gegen die Demokratiebewegung erfolgten, am 28. April in einem Interview die Einführung des Vielparteiensystems begrüßte, seine Unterstützung der Übergangsregierung zum Ausdruck brachte und die jüngsten terroristischen Aktivitäten bedauerte.

Die Menschenrechtsorganisationen

Abschließend sei auch noch ein Blick auf die nepalischen Menschenrechtsorganisationen geworfen, die einen ganz entscheidenden Anteil am Erfolg der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung hatten; dies gilt nicht nur für das 'Forum for Protection of Human Rights' (FOPHUR). FOPHUR ist die älteste Menschenrechtsorganisation Nepals und wurde 1984 von Badri Prasad Khatiwada gegründet. Daneben gibt es noch eine andere große Organisation, die sich 'Human Rights Organization of Nepal' (HURON) nennt. Ihr Vorsitzender, Rishikesh Shaha, hielt sich während der Bewegung im indischen Exil auf.

Daneben haben auch die Organisationen der Mediziner und der Anwälte eigene Menschenrechtskomitees, die sich aktiv an der Bewegung beteiligt haben. Diese vier Organisationen haben sich heute in einem 'Human Rights Integration and Support Committee' zusammengeschlossen, welches verantwortlich ist für die Mittelverteilung an die Opfer der Demokratie- und Menschenrechtsbewegung.

Die konstitutionelle Zukunft

Die neue Regierung hat sich zum Ziele gesetzt, innerhalb von drei Monaten eine neue Verfassung auszuarbeiten und vor Ablauf eines Jahres allgemeine freie Parlamentswahlen durchführen zu lassen. Der entscheidende Schritt wird dabei die Ausarbeitung der neuen Verfassung sein. Der Frankfurter Staatsrechtler, Prof. Avenarius, hat am 26. April auf einer von der 'Nepal Law Society' und der 'Friedrich Naumann Stiftung' in Kathmandu durchgeführten Tagung klar herausgestellt, daß das Problem einer neuen Verfassung viel zu komplex und zu sensibel ist, um in drei Monaten aus dem Boden gestampft zu werden. Er hat stattdessen den Vorschlag unterbreitet, zunächst eine Übergangsverfassung zu entwerfen, welche alle wesentlichen Gesichtspunkte der neu auszuarbeitenden Verfassung bereits beinhalten sollte. Diese Übergangsverfassung könnte dann innerhalb kürzester Zeit die Panchayat-Verfassung ersetzen und so der Parteienregierung eine rechtliche Handlungsgrundlage für ihr weiteres Vorgehen liefern.

Die entscheidende Frage in Bezug auf die neue Verfassung wird sein, welche Rolle der König spielt. Gesundheitsminister Mathura Prasad Shrestha hat dem Autor versichert, der König habe sich zu einer streng kon-

stitutionell-monarchischen Rolle bereit erklärt. Öffentlich hat er dazu jedoch bisher nicht Stellung bezogen. Auch wenn aus Kreisen der Linksparteien bisweilen Stimmen laut werden, die eine Abschaffung der Monarchie in Nepal fordern, so befürwortet wohl die Mehrheit des Volkes und auch der Parteien eine Beibehaltung des Königtums in Nepal, wenngleich in einer völlig anderen Form als der jetzigen, nämlich in einer strikt konstitutionellen Form.

Das Symbol der Einheit, welches der König im Vielvölkerstaat Nepal in den Augen vieler Nepali immer noch verkörpert oder zu verkörpern vorgibt, spricht für diese Auffassung. Ferner gibt es noch eine große Anzahl Nepali, die zu den wirtschaftlich und sozial dominierenden traditionellen Elementen der Gesellschaft gehören. Dies sind die Personen, die das Panchayat-System als Rückhalt der absoluten königlichen Macht in Nepal aufrechterhalten haben. Es wird für die Zukunft Nepals wichtig sein, den König als einen Vermittler zwischen den demokratischen Parteien und den konservativen Elementen zu nutzen. Der Weg hin zu einer wirtschaftlich und sozial ausgeglichener Gesellschaftsform Nepals wird mit Sicherheit ein langer sein. Hier hätte der König eine Chance in eine neue, sehr verantwortungsvolle Aufgabe hineinzuwachsen. Es bleibt für Nepal zu hoffen, daß König Birendra diese Chance möglichst bald nutzt. Seine eigenmächtige Bildung einer Verfassungskommission am 11. Mai läßt jedoch befürchten, daß es ihm immer noch an der notwendigen Einsicht und Bereitwilligkeit zum Machtverzicht mangelt.

Der Wechsel zur konstitutionellen Monarchie ist

gleichbedeutend mit dem Ende des Hindustaat Nepal. So forderte die 'Nepal Communist Party' in Anlehnung an den Vorschlag von Prof. Avenarius die sofortige Ersetzung der Panchayat-Verfassung durch eine Übergangsverfassung.

Auch die Randgruppen der Hindu-Gesellschaft versuchten ihre berechtigten Anliegen in die Verfassungsplanung einzubringen. So verlangte die 'Nepal Janai Yatul Muslimeen', Vertreter aller nepalischen Religionen in die verfassungsbildende Kommission aufzunehmen. Die zukünftige Verfassung müsse einen säkularen Charakter aufweisen. Diese Anliegen wurden auch von der 'Buddhist Youth Group' unterstützt. Die Führer der 'Suppressed Class' forderten, auch die marginalisierten nepalischen Klassen an der Verfassungsbildung zu beteiligen. Die 'Nepal National Social Welfare Association' verlangte in diesem Zusammenhang, den Randgruppen der nepalischen Gesellschaft bessere Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Die Übergangsregierung hat zu diesen Forderungen noch nicht Stellung genommen. König Birendra mußte die von ihm eigenmächtig gebildete Verfassungskommission wieder auflösen und soll die Verantwortung ganz in die Hände des Übergangskabinetts gelegt haben. Dieses will offensichtlich auf ausländische Berater verzichten und eine rein nepalische Kommission bilden, die dann innerhalb von 90 Tagen eine neue Verfassung auf konstitutionell-monarchischer Grundlage entwerfen soll. Es bleibt zu hoffen und zu wünschen, daß die Macht dann wirklich in den Händen des Volkes liegt und von diesem zum Nutzen der gesamten Gesellschaft genutzt wird.

Indisch-nepalischer Vertrag

Ein Ende des seit Mitte März letzten Jahres andauernden Handelskonfliktes zwischen Nepal und Indien (siehe 'Südasiens' 7/89, 8-9/89) ist angekündigt: Nach dem Besuch des neuen nepalischen Premierministers Bhattarai bei seinem indischen Kollegen V.P. Singh vom 8. bis 10. Juni wurde eine Normalisierung der Handelsbeziehungen versprochen.

In einer gemeinsamen Erklärung wurde die Wiederherstellung des ursprünglichen Status, gemäß dem Abkommen vom 1. April 1987, zum 1. Juli 1990 bekanntgegeben:

- Öffnung der 15 Transit- und 22 bilateralen Handelsgrenz-Übergängen, die in den letzten 14 Monaten geschlossen waren,
- Ein- und Ausreisemöglichkeit für Touristen über drei Transit-grenzstationen,
- Ausbau der Kooperation in industriellen, sozialen, ökologischen und wasserwirtschaftlichen Bereichen.

Zu neuen Verhandlungen über die Verträge wird es möglicherweise erst nach der Wahl einer neuen nepalischen Regierung kommen.

Die einzelnen Gründe des Konfliktes - Indiens Sicherheitsinteressen, Arbeitsvisum für indische Bürger in Nepal, Zollbestimmungen, Grenzschmuggel indischer wie auch Überseeerzeugnisse - wurden beseitigt. Die nepalische Seite hat zugestimmt, daß in Sicherheitsfragen eine Konsultation mit Indien erfolgen wird; das Arbeitsvisum für Inder wurde abgeschafft. Die Zollbestimmungen wurden erleichtert. Mit Wirkung vom 14. Juni 1990 erließ die nepalische Regie-

lung den zusätzlichen Einfuhrzoll für indische Produkte. Es wird die Aufgabe der zukünftigen nepalischen Regierung sein, zusammen mit der indischen Regierung zu entscheiden, ob es einen gemeinsamen oder zwei getrennte Handels- und Transitverträge geben wird. Die einst von Nepal für wichtig erachtete Meistbegünstigungsklausel wurde nun für unpassend gehalten.

Indien erweiterte den Bereitstellungskreditrahmen von 250 Mio. nepalische Rupien (NR) auf 350 Mio. NR. Weiterhin erlaubt Indien den Import von nepalischen Produkten, die mindestens zu 65 Prozent aus nepalischer Fertigung und unter der Verwendung nepalischer Rohstoffe stammen müssen. In Zukunft werden indische Kapitalzuflüsse nach Nepal erfolgen.

Der Erfolg der gemeinsamen Sprache Indiens und Nepals, geht auf das Konto der neuen Regierung in Nepal. Wie beide Regierungen betonen, sei das gegenseitige Vertrauen wieder hergestellt. Der Anlaß hierfür waren sicherlich die politischen Veränderungen in Nepal mit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems sowie die Regierung von Premier V.P. Singh, die betonte, neutral zu bleiben und sich nicht in die inneren Angelegenheiten Nepals einzumischen. Das Verhandlungsergebnis ist in Nepal allgemein begrüßt worden. Mit der Aufhebung der Wirtschaftsblockade durch Indien geht für die nepalische Bevölkerung eine schwierige Ära zu Ende. Allgemein wird eine Güterpreissenkung von bis zu 30 Prozent erwartet. Im Vergleich mit anderen ausländischen Produkten werden indische Waren preisgünstiger. Dies bedeutet zwar eine Bevorzugung der indischen Produkte auf dem nepalischen Markt, jedoch auch eine ausreichende Bedarfsgüterversorgung in Nepal.

Ram Pratap Thapa